

Danziger Zeitung.

No 7205.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 Gr. Auswärts 1 R 20 Gr. — Inserate, pro Zeile 2 Gr., nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer und Rud. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hansen & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube und die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

1872.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die **Danziger Zeitung** für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postankalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postankalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1 R 20 Gr.; für Danzig incl. Bringerlohn 1 R 22 1/2 Gr. Abgeholt kann die Zeitung werden für 1 R 15 Gr. pro Quartal.

Langebrücke No. 102 bei Hrn. Gustav A. von Dühren.

Glacethor No. 5 bei Hrn. E. Fund.

2. Damm No. 3 bei Hrn. Albert Kleist.

Paradiesgasse No. 20.

Waldstraße No. 5b bei Hrn. Haase.

Neugarten No. 22 bei Hrn. Löw.

Kohlenmarkt No. 22 bei Hrn. Alb. Leichgräber.

Kürschnergasse bei Hrn. Subert Gogmann.

Langebrücke No. 27 (am Frauenthor) bei Hrn. J. Becker.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

München, 21. März. Durch königliche Entschliessung vom 20. d. ist die Session des Landtages bis zum 13. April verlängert worden.

Wien, 21. März. Das Herrenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung das Budget und das Finanzgesetz pro 1872 an, desgleichen den Gesetzentwurf betreffend den Thenerungsbeitrag für Staatsbeamte. Hierauf wurde der von der Regierung verlangte Credit von einer halben Million Gulden zur Unterstützung des niederen Clerus bewilligt.

Pest, 21. März. Die zur Herbeiführung eines Compromisses abgesetzten Comités der Deakpartei und der Opposition tauchten in einer Konferenz ihre gegenseitigen Vorschläge aus, welche heute den Club vorgelegt wurden. Das deakistische Comité erstattete dem im Abgeordnetenhaus amfendenden Ministerpräsidenten sofort Bericht von dem Resultate der Beratung. Morgen früh wird die entscheidende Konferenz der Ausgleichscomités stattfinden.

Die für heute Morgen anberaumt gewesene Konferenz der Ausgleichscomités ist aufgeschoben worden. — Wie verschiedene Blätter berichten, soll die Rechte ihre Bereitwilligkeit zur Vereinfachung der Wahlgesetzgebung unter der Bedingung erklärt haben, daß die Linke in die gesetzgebungsähnliche Behandlung des Gesetzentwurfes wegen Verlängerung der Mandatsdauer auf 5 Jahre einwilligt. Ueber die Haltung der Linken diesem Anerbieten gegenüber ist bisher noch nichts Genaues bekannt.

Kopenhagen, 21. März. Wie aus Korbör gemeldet wird, ist der Postdampfer aus Kiel erst heute Morgen 8 Uhr daselbst eingetroffen. Die Post wurde mittelst Wagen weiterbefördert, weil der Eisenbahnverkehr vollständig unterbrochen ist. Die Verbindung mit Nyborg und Malmö ist ebenfalls unterbrochen.

Rom, 21. März. Ein Decret der Regierung verordnet, daß die dem heiligen Stuhle zugefandene fortwährende Rente im Betrage von 3,225,000 Fr. mit Zinsgenuß vom 1. Januar 1871 ab abgesondert ins große Schuldbuch einzutragen sei. Dasselbe ist von allen Abgaben befreit. — Nachrichten aus Palermo zufolge ist Prinz Friedrich Carl von Preußen am 20. nach Trapani abgereist.

Washington, 20. März. Der Congress ernannte einen Specialausschuß zur Untersuchung der während des deutsch-französischen Krieges an Frankreich statigehabten Waffenkäufe, ferner einen Ausschuss zur Untersuchung über die angeblichen Verfechtungen von Kollektanten in New-York und von Beamten des Marineministeriums. — Auch die gesetzgebenden Körperschaften mehrerer Staaten setzten Commissionen ein zur Untersuchung der vorgeschlagenen Verfassungen von Staats- und Municipalbeamten. — Der Gouverneur von New-York hat den Gesetzentwurf, betreffend die Eisenbahn, unterzeichnet.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung am 21. März.

Die Interpellation des Abg. v. Schorlemer-Mst. betr. die Veröffentlichung des Windthorst'schen Briefes, der bei der Hausung unter den Papieren des v. Koserian gefunden wurde, erklärt der Minister des Innern, erst nach acht Tagen beantworten zu können, da dieselbe ihm erst eine halbe Stunde vor der Sitzung zugegangen, er über die Angelegenheit nicht informiert sei und daher erst genauere Erklärungen darüber einziehen müsse, wie der Brief in die Öffentlichkeit gelangt sei.

Das Haus setzt darauf die Specialdiscussion über die Kreisordnung fort. — §§ 88 — 90 (Vertheilung der von den Gemeinden zum Kreistage zu wählenden Abgeordneten auf die einzelnen Wahlbezirke) und §§ 91 — 94 (Wahlvollziehung in den Wahlverbänden der Großgrundbesitzer) werden nach den Vorschlägen der Commission angenommen.

Die §§ 95 — 99 handeln von der Vollziehung der Wahlen in den Wahlbezirken des Verbandes der Landgemeinden. § 97 lautet nach der Commission: „Die Vertretung der Landgemeinden erfolgt bei Gemeinden: 1) von weniger als 400 Einwohnern durch einen Wahlmann, 2) von 400 und weniger als 800 Einwohnern durch zwei, 3) von 800 und weniger als 1200 Einwohnern durch drei, 4) von 1200 und weniger als 2000 Einwohnern durch vier, 5) von 2000 und weniger als 3000 Einwohnern durch fünf Wahlmänner, und für jede fernere Vollzahl von 1000 Seelen durch einen fernerer Wahlmann. Die

Wahl der Wahlmänner der Landgemeinden werden von der Gemeinde-Versammlung, in denjenigen Landgemeinden aber, in welchen eine gewählte Gemeindevertretung besteht oder eingeführt wird, durch die letztere und den Gemeinde-Vorstand aus der Zahl der stimmungsberechtigten Gemeinde-Mitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt. Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigelegten Wahlreglements. Ausgeschlossen von der Theilnahme an der Wahl in der Gemeinde-Versammlung sind diejenigen, welche zum Wahlverbände der größeren Grundbesitzer gehören.“ Der Regierungsentwurf hatte den Paragraphen folgendermaßen gefasst: „Die Vertretung der Landgemeinden erfolgt bei Gemeinden von weniger als 400 Einwohnern durch den Gemeinde-Vorsteher, bei Gemeinden von 400 und weniger als 800 Einwohnern durch den Gemeinde-Vorsteher und einen Schöffen, bei Gemeinden von 800 Einwohnern und darüber durch den Gemeinde-Vorsteher und zwei Schöffen. Unter den letzteren entscheidet hierbei das höhere Lebensalter und bei gleichem Dienstalter das höhere Lebensalter. Landgemeinden von 1200 Seelen und darüber erhalten eine stärkere Vertretung, wenn in denselben eine gewählte Gemeindevertretung besteht oder eingeführt wird. In diesem Falle wählen die Gemeindeverordneten bei einer Einwohnerzahl von 1200 und weniger als 2000 Seelen einen vierten, bei einer Einwohnerzahl von 2000 und weniger als 3000 Seelen einen fünften und so weiter für jede Vollzahl von 1000 Seelen einen fernerer Vertreter aus ihrer Mitte in die Wahlversammlung des Bezirks.“ — Referent v. Rauchhaupt bemerkt, daß in der Commission eine starke Minorität sich für die Regierungsvorlage ausgesprochen habe. Für dieselbe tritt jetzt auch der Regierungsentwurf ein. Die häufige Wiederkehr der Wahlen schmähere das Interesse an denselben und schädige die lebendige Regsamkeit innerhalb des Kreisverbandes. — Abg. v. Weßell: Die Wahlen in einem so weiten Umfange lassen uns fürchten, daß die Agitation bei Gelegenheit derselben einen politischen Charakter annehme. Der Boden der gemeinschaftlichen Arbeit in den Kreisverbänden ist aber einzig der wirtschaftliche. Für uns ist der Kreistag eine Interessenvertretung, es ist daher consequent, bei Wahl resp. Berufung zu denselben auf diejenigen Personen das Hauptansehen zu richten, welche als Leiter der Gemeinden deren Interesse am besten kennen, also den Gemeindevorstand in den Kreistag zu schicken. — Abg. Lasker: Für uns ist der Kreistag keine Interessenvertretung der einzelnen Gemeinden, am wenigsten aber ein Complot aus den oberleitenden Personen derselben, sondern er dient nach unserer Anschauung dem Gesamtinteresse des Kreises. Bei dem Amtsbereich haben wir die Vertretung der Gemeinden durch den Vorsteher anerkannt. Dort ist das Verhältnis jedoch ein völlig anderes. Die Befugnisse der Behörden im Amtsbereich sind nur Erweiterungen der Ortsgemeinden, die Funktionen des Kreistages aber sind wesentlich hiervon verschieden. Wenn Sie der Landgemeinde das Recht zu wählen von vorn herein abschneiden, so werden Sie durch eine solche Censur, die Sie ihnen, die Sympathie der Bauern für das neue Gesetz sicherlich nicht erringen. Es ist nur eine praktische, keine prinzipielle Frage, dabei jedoch nicht, daß die häufige Wiederkehr der Wahl das Interesse abtumpfe. Freilich mag es für die Regierung angenehmer sein, in dem Kreistag eine gefällige Körperschaft zu besitzen, in welcher die Landgemeinden durch ihre Schulzen vertreten sind. Den Anschauungen des Hrn. v. Meyer mag dieses gemäß sein, den unfruchtbar. Wir sehen in der Abstimmung der Regierungsvorlage den Quell, der alle Selbstverwaltung vergiftet. — Der Minister des Innern: Ob das Interesse der Wähler an der Wahl bei häufiger Wiederkehr derselben gestärkt oder geschwächt werde, ist wesentlich eine praktische Frage, darin hat der Vorredner Recht. Seine Entscheidung in derselben vermag ich nicht zu unterschreiben. Es kommt aber hinzu, daß die Ortschulzen bereits gewählt und nicht ernannt werden. Warum sollte das Bedenken, ob derselbe auch zum Vertreter der Gemeinde tauglich sei, bei dieser Wahl nicht schon walten? Der Ortsvorsteher aber kennt die Bedürfnisse seiner Gemeinde am besten. Der Abg. Lasker verkennt den Charakter unserer Schulzen, wenn er an ihre unbedingte Gefügigkeit unter die Ordre des Landrathes glaubt. Nicht selten, sondern häufig ist es der Fall, daß der Ortschulze eine selbst oppositionelle Haltung gegenüber dem Landrath bewahrt. Wenn der Vorredner sich auf Herrn v. Meyer beruft, so wundere ich mich über die Wahl der Autorität von Seiten des Abg. Lasker. — Abg. v. Gottberg: Der Auffassung des Abg. Lasker, daß der Kreistag keine Interessenvertretung sei, widerspricht die Theilung der Wähler in die drei Gruppen. Ferner meint er, der Landrath werde unbedingte Herrschaft über die Verfassung üben, in welcher die Landgemeinden durch ihre Schulzen vertreten sind; aber ein Landrath, der es versteht, wird auch über jede anders zusammengefasste Versammlung die Herrschaft erringen. — Abg. von Kardorff: Die Entscheidung der Frage ist nach meiner Anschauung gleichgültig, als sie von den verschiedenen Seiten dargestellt wird. Der praktische Erfolg schließlich schließlich derselbe, da die Wahl fast durchschlüssig auf die Schulzen fallen wird. Bezüglich der abhängigen Stellung der Schulzen gegenüber dem Landrath theile ich keineswegs die Meinung des Abg. Lasker. In Arnswalde, dem Kreise des Hrn. v. Meyer, mag dieser Zustand sich finden, von allen mir bekannten Kreisen weiß ich das Gegen- theil. Das Bedenken, die Wahlen könnten den Gegen- stand zu politischer Agitation werden, steht in Wider-

spruch mit dem ganzen Charakter der Kreisordnung. Im Gegentheil soll gerade durch dies Gesetz dem Kreise seine staatsrechtliche Bedeutung beigelegt werden. Die Erwerbung des politischen Bewußtseins, das sich bei der Wahlagitacion kundgibt, liegt in der Absicht des ganzen Entwurfs. Es wird von liberaler Seite ein großes Gewicht auf die Aufrechterhaltung der Commissionenbeschlüsse in diesem Punkte gelegt. Es sind von den Linken in dem vorliegenden Entwurf schwere Opfer gebracht. (Sehr wahr! links. Oho! rechts.) Es ist nicht mehr wie billig, daß wir eine Compensation gewähren. — Abg. v. Lattorf fürchtet, daß die Autorität des Schulzen geschwächt werde, wenn er nicht offizieller Vertreter ist. — Abg. v. Mallindrodt beantragt: 1) Alinea 2 der Commission's Vorlage so zu fassen: „Die Wahl der Wahlmänner in den Landgemeinden werden in denjenigen Landgemeinden, in welchen eine gewählte Vertretung besteht oder eingeführt wird, durch die letztere und den Gemeindevorstand, in denjenigen, in welchen eine gewählte Vertretung nicht besteht, durch den Gemeindevorstand aus der Zahl der stimmungsberechtigten Gemeindeglieder mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.“ 2) Alinea 4 zu streichen. — Abg. Hänel: Das Amendement ist von keiner praktischen Bedeutung. Die Zahl der Gemeinden, welche keine Vertretung haben, ist in den öffentlichen Provinzen in dem Maße überwiegend, daß die übrigen kaum in Betracht kommen. Die Regierungsvorlage ist völlig unannehmbar. Bereits besteht das Wahlrecht der Bauern zu dem Kreistage, es nehmen, würde ein Dium gegen die ganze Vorlage im Gefolge haben. Die Verführung ungeeigneter Agitationen spricht auch gegen die Wahl der Vorsteher und Schöffen. Man verwechsle hierbei jedoch vor Allem nicht die ungeeignete Agitation mit dem regeren Interesse für die Gemeindeangelegenheiten. Das Princip der Wahl ist für die Gemeindevertretung festzuhalten, consequent muß es daher auch hier Platz greifen. Nach der Regierungsvorlage wird der Kreistag nicht als ein Schulzenparlament. — Abg. v. Meyer (persönlich): Ich habe nur einmal mit dem Kopf genickt und bin in Folge dessen Gegenstand der Betrachtung dreier Redner dieses Hauses geworden. Es ist das ein großer parlamentarischer Erfolg. Wenn sich der Herr Minister mit mir beschäftigt, so gereicht mir das zur Ehre, die Herren Lasker und v. Kardorff jedoch muß ich bitten, erst abzuwarten was ich sagen will. Meine Meinung ist nicht, der Schulze solle unter der absoluten Herrschaft des Landrathes stehen, jedoch will ich, daß das gegenseitige Verhältnis freundschaftlich sich gestalte. — Abg. Lasker (persönlich): Es ist meine Gewohnheit, auf jegliche Äußerung und Bewegung in diesem Hause zu achten und daran anzuknüpfen. Ich setze voraus, daß dieselbe der Ausdruck der Meinung sei, und daß ich nicht zu figuriren, sondern zu lebendigen Theilnehmern an der Verhandlung rede. — Der Antrag v. Mallindrodt wird abgelehnt und in namentlicher Abstimmung § 97 der Commission mit 205 gegen 125 Stimmen angenommen.

§ 102 lautet in der Fassung der Commission: „Wählbar zum Wahlmann ist 1) im Wahlverbände der Städte jeder Einwohner der im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besitze des Bürgerrechts befindet, 2) in dem Wahlverbände der Landgemeinden jeder ländliche Grundbesitzer, so wie ein Jeder, welcher in einer Versammlung der Verbände des ländlichen Landes als Gewerbetreibender oder als Stellvertreter in Wahlrecht ausübt.“ Zum Mitgliede des Kreistages ist jeder Kreisangehörige wählbar. Für die Wählbarkeit zum Wahlmann und zum Abgeordneten gelten die Grundsätze, welche der § 93 für die Wahlberechtigung der größeren Grundbesitzer und Gewerbetreibenden vorschreibt.“ Der correspondirende § 87 der Regierungsvorlage lautet: „Wählbar zum Mitgliede des Kreistages und beziehungsweise zum Wahlmann ist: 1) im Wahlverbände der Städte jeder Einwohner der im Kreise belegenen Städte, welcher sich im Besitze des Bürgerrechts befindet, 2) in den Wahlverbänden der größeren Grundbesitzer, sowie der Landgemeinden ein jeder ländliche Grundbesitzer, sowie ein Jeder, welcher in einer Versammlung dieser Verbände ein Wahlrecht ausübt.“ (Die Wählbarkeit setzt die Erfüllung der 1. den Paragraphen 78 und 79 für die Ausübung des Wahlrechts aufgestellten Bedingungen voraus.) — Abg. v. Gottberg: Die Fassung der Commission bringe die Gefahr mit sich, daß bei dem Mangel an Diäten und Reisekosten der Bauer seine Wahl nur auf Ständer laßt. — Reg.-Commissar Persius hält dies Bedenken für begründet. — Abg. Miquel: Die Regierung lehne in ihrem § 87 von einem ungerechtfertigten Mißtrauen aus. — Minister des Innern: Wir legen kein politisches, aber allerdings ein finanzielles Mißtrauen gegen unsre Bauern. Mir hat Semand gesagt, der an dem Zustandekommen dieser Vorlage ein sehr großes Interesse und eine praktische Detailkenntnis in den einschlagenden Fragen hat. „Bekomme der Kreistagsdeputirte Diäten, so hilft der Bauer sich selbst; bekommt er Nichts, so wählt der Bauer Städter.“ Aus diesem Dilemma hilft nur der Paragraph der Regierung. — Demnach wird Alinea 1 des § 87 der Regierung angenommen, Alinea 2 dagegen abgelehnt und statt dessen Alinea 2 der Commission genehmigt.

§ 129 handelt von den Angelegenheiten, welche zum Wirkungskreise des Kreis-Ausschusses gehören. Birchow beantragt, als Nr. 11 einzufügen: „Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege: 1)

die Entscheidung über die zwangsweise Einführung von sanitätspolizeilichen Einrichtungen in Landgemeinden und selbstständigen Gutsbezirken, soweit dieselben nicht durch Gesetze vorgeschrieben sind, 2) die Entscheidung über die Verpflichtung zur Tragung der Kosten und über deren Vertheilung unter die Verpflichteten. Letzteren bleibt der ordentliche Rechtsweg vorbehalten.“ Nachdem der Antragsteller, v. Gottberg und der Regierungskommissar Persius das Amendement befürwortet haben, wird dasselbe angenommen. — § 131, welcher von den Obliegenheiten des Landraths als Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses handelt, lautet im dritten Alinea: „In allen Angelegenheiten, welche nicht dem im § 134 ff. bezeichneten Verfahren unterliegen, kann der Landrath Namens des Ausschusses Verfügungen erlassen. Vorstellungen gegen diese Verfügungen unterliegen der collegialen Entscheidung des Kreis-Ausschusses.“ Abg. Birchow beantragt hinter den Worten „der Landrath“ einzuschalten: „wenn der vorliegende Fall keinen Aufschub zuläßt“ und als zweiten Satz folgen zu lassen: „Es ist jedoch in solchen Fällen dem Kreis-Ausschusse bei seiner nächsten Zusammenkunft davon Kenntniß zu geben.“ Die Abg. v. Rauchhaupt und v. Gottberg bitten das Amendement abzulehnen, da dasselbe die Thätigkeit des Landraths vollständig zu lähmen geeignet sei. Miquel und Lasker verteidigen den ersten Theil des Antrages, der nur das Klar hinsetze, was die Commission selbst beabsichtigt habe; der zweite Theil des Antrages werde dagegen die Geschäftslast des Kreis-Ausschusses ohne Noth übermäßig vermehren. Das Amendement wird hierauf in seinem ersten Theile mit 159 gegen 125 St. angenommen, der zweite Theil dagegen abgelehnt, und sodann der § 131 genehmigt. Desgleichen die §§ 132 bis 157.

§ 158 der Commission lautet: „Die anderweitige Regelung der Verhältnisse des Stadtkreises Magdeburg erfolgt durch ein besonderes Gesetz. Bis dahin bleiben die gegenwärtig geltenden Bestimmungen in Kraft.“ Dagegen bestimmt die Regierungsvorlage: „Der Kreistag des Stadtkreises Magdeburg besteht außer dem Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, welcher den Vorsitz mit vollem Stimmrechte führt, aus 11 Mitgliedern, von denen 1) die Altstadt Magdeburg mit Subenburg 6, 2) die Neustadt Magdeburg 3 und 3) die Stadt Budau 2 Abgeordnete entsendet.“ Die Abg. Lasker, Zuckerschwerdt und Riedert beantragen, die Regierungsvorlage wiederherzustellen und dahinter folgenden neuen § einzuschalten: „Der Altstadt Magdeburg mit Subenburg bleibt das Recht vorbehalten, in Gemäßheit des § 4 aus dem bisherigen Kreisverbande auszuscheiden. Für den Fall ihres Ausscheidens bleibt, bis zur anderweitigen Regulierung durch das Gesetz, der Kreisverband zwischen der Neustadt Magdeburg und Budau bestehen mit der Maßgabe, daß der Bürgermeister der Neustadt Magdeburg die in den §§ 143 und 144 dem Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg beigelegten Befugnisse ausübt. Im Uebrigen gelten in Betreff der Auseinanderlegung die Vorschriften der §§ 4 und 5.“ — Referent v. Rauchhaupt: Die Commission's Vorlage präjudizire einer definitiven Entscheidung in feiner Weise und da die Frage noch nicht spruchreif sei, so bitte er das Amendement abzulehnen. — Reg.-Commissar Persius schließt sich diesen Ausführungen an. Die Ministerialacten ergaben kein genügendes Material, um die Frage jetzt zu Gunsten der Altstadt Magdeburg mit Subenburg zu entscheiden, die Regierung könne deshalb dem Amendement nicht zustimmen. Ref. Dr. Friedenthal constatirt, daß sowohl aus der Altstadt Magdeburg, wie aus Neustadt und Budau eine Zahl von Petitionen vorliegen, die sich zum Theil für, zum Theil mit großer Entschiedenheit gegen das Amendement aussprechen. — Abg. Lasker glaubt, daß das Haus schon jetzt eine Entscheidung im Sinne des Amendements treffen könne, um so mehr, da dasselbe für Magdeburg kein Privilegium, sondern nur eine Gleichstellung mit anderen Städten derselben Größe in Anspruch nehme. Das Amendement wird hierauf abgelehnt und die Commission'sfassung genehmigt. — Tit. 5. (Von der Oberaufsicht über die Kreisvertheilung) § 159 — 163 werden genehmigt. Bei Tit. 6 (Uebergangsbestimmungen für die Provinzen Sachsen und Posen) vertagt sich das Haus bis zur Abend-sitzung.

* [Abend-sitzung.] § 165 der Kreisordnung lautet nach der Commission'sfassung: „Auf die Provinz Posen findet die gegenwärtige Kreisordnung bis auf Weiteres keine Anwendung; sie kann jedoch in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Theilen für die ganze Provinz oder für einzelne Kreise derselben durch königl. Verordnung in Kraft gesetzt werden. Bis dahin bewenden es bei den bestehenden Vorschriften.“ — Abg. Szuman: Diese Bestimmung würde den Polen großes Unrecht thun; es sei kein Grund zu solchem Mißtrauen gegen sie vorhanden. Nachdem v. Brauchitsch für und Reichensperger gegen den Paragraph gesprochen, ergreift Minister Graf Eulenburg das Wort: Die Regierung kann diese Reform, welche große Freiheit auf dem Gebiet der Selbstverwaltung giebt, nur denen gewähren, die sich rathloslos als Angehörige unseres Staates fühlen und bekennen. Die Polen müssen erst ihre exceptionelle Stellung aufgeben: dann wird die Regierung keinen Anstand nehmen, ihnen dieselbe Selbstverwaltung zu gewähren, wie den übrigen Staatsangehörigen. Er appellire an das Haus, ob es glaube, daß man ohne Bedenken die Kreisordnung auf die polnischen Landestheile,

* Plöndorfer Schleuse, 22. März. Heute werden die Schutzbalken aus der Schleuse entfernt und letztere morgen dem Schiffsverkehr übergeben werden. — Die Schiffer Panknin („Senator“, 150 Ctr. Weizen), Tief („Ernst H. Galt“, 2097 Ctr. Weizen) und Rottsch („Senator“, 1606 Ctr. Weizen)

6	96 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$	Amsterdam kurz	3	140 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
882	87	⊗	do. 2 Mon.	3	140 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
note	114	b $\frac{1}{2}$	Hamburg kurz	4	150 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
note	93 $\frac{1}{2}$	⊗	do. 2 Mon.	4	149 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
note	90 $\frac{1}{2}$	et b $\frac{1}{2}$	London 3 Mon.	3	6 21	b $\frac{1}{2}$
bm.	74 $\frac{1}{2}$	⊗	Paris 10 Tage.	5	80 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
reib.	63 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$	Wien Dest. W. S. L.	5	91 $\frac{1}{2}$	91 $\frac{1}{2}$ ⊗
0 fl.	94	⊗	do. 2. 2. Mon.	5	91 $\frac{1}{2}$	91 $\frac{1}{2}$ ⊗
0 fl.	102 $\frac{1}{2}$	⊗	Krantz. a. W. 2 Mon.	3 $\frac{1}{2}$	56	22
	94 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$ N 95 $\frac{1}{2}$	Petersburg 3 Woch.	6	91 $\frac{1}{2}$	t $\frac{1}{2}$
bl.	56 $\frac{1}{2}$	56 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$	do. 3 Mon.	6	90 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
	91 $\frac{1}{2}$	⊗	Warschan 8 Tage	6	82 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
62	90	b $\frac{1}{2}$	Bremen 8 Tage	3 $\frac{1}{2}$	109 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
	58 $\frac{1}{2}$	⊗				
64	131 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$	Gold- und Papiergeld.			
66	129 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$	Gld. 9 5 $\frac{1}{2}$ ⊗	J. V. m. R.	99 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
al.	75	b $\frac{1}{2}$	Lebr. 110 $\frac{1}{2}$ ⊗	a. R.	99 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
	89	⊗	Sos. 6 23 ⊗	St. Rtn.	91 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$
0.	77	b $\frac{1}{2}$	Rap. 5 10 $\frac{1}{2}$ b $\frac{1}{2}$	Poln. Rhm.	—	—
	50 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$	Dollars 1 11 $\frac{1}{2}$ ⊗	Silb. R.	—	—
6	60	⊗	Gld. 461 b $\frac{1}{2}$	Ruß. R.	82 $\frac{1}{2}$	b $\frac{1}{2}$

Redaction, Druck und Verlag von
A. W. Rasemann in Danzig.